

weiterhin dem Landratsamt Höchststadt überlassen blieb. Kurz danach, am 7. 9., wurde jedoch Präsident Mayer von der amerikanischen Besatzungsmacht, - wie dabei erklärt wurde, "im Zuge einer Untersuchung der Beziehungen sämtlicher höherer Reichsbeamter zu ihren vorgesetzten Ministerien im Dritten Reich" (Rundschreiben O. Meyer v. 30.1.47), - in sog. automatischen Arrest genommen und in das Internierten-Lager Hammelburg verbracht. Daraufhin hatte der Regierungspräsident von Ansbach Dr. Schregle als Treuhänder mit der kommissarischen Leitung der Dienststelle Dr. O. Meyer betraut, der sie seitdem ausübte. Mit dieser Regelung erklärten sich die Anwesenden auf eine Frage Dr. Meyers hin vollkommen einverstanden. In einer anschließenden Erörterung über die zukünftige Entwicklung bestand bei allen Teilnehmern Einvernehmen darüber, daß in erster Linie dafür gesorgt werden müsse, daß die Selbständigkeit der MG erhalten bleibe und sie nicht etwa durch Angliederung an eine Universität oder eine andere wissenschaftliche Anstalt zu einem Provinzialinstitut herabgedrückt würden; es erscheine daher zweckmäßig und erforderlich, daß sich das Kartell der deutschen Akademien ihrer annehme. Demgemäß wurde Dr. Meyer beauftragt, von Pommersfelden aus mit dem Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Fühlung aufzunehmen und ihn zu bitten, er möge den Regierungspräsidenten von Ansbach bei seinen Bemühungen um Bereitstellung eines ausreichenden Etats für den in Bayern befindlichen Teil des Instituts unterstützen. In diesem Sinne schrieb Präsident Stroux auch am folgenden Tage an den Präsidenten der Münchner Akademie und meldete Dr. Meyer bei ihm an, ebenso wie er in dem bereits erwähnten Brief (oben, S. 11) dem Regierungspräsidenten von Ansbach für seine Mühewaltung dankte.

Mit diesen zuletzt geschilderten Erörterungen war ein Thema angeschnitten, das die Berliner interessierten Stellen schon länger beschäftigt hatte. Es war unschwer vorauszusehen, daß die ungesicherte Lage des Reichsinstituts und die nur provisorische Ordnung der Verhältnisse seiner beiden Dienststellen für andere mehr oder weniger berufene Instanzen eine Versuchung bilden würden, sich in die mehr und mehr als unausweichlich erscheinende Reorganisation einzuschalten. Schon in der Besprechung vom 27. 11. teilte F. Hartung mit, daß der frühere preußische Unterrichtsminister Adolf Grimme, jetzt Leiter der Hauptabteilung Kultur des Oberpräsidiums Hannover und später, seit 1946, Unterrichtsminister des Landes Niedersachsen, sich an K. Brandi gewendet und ihm die MG für die Göttinger gelehrte Gesellschaft (jetzt Akademie der Wissenschaften) angeboten habe; dabei blieb allerdings unklar, woher Grimme die Kompetenz zu diesem Angebot nehmen wollte, ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten der Verwirklichung eines solchen Planes; und so hatte Brandi denn auch, wie wir bald hörten, das Angebot abgelehnt. Ernster zu nehmen waren ähnliche Bestrebungen in Bayern, die sich in den nächsten